

**Antrag 167/I/2020****AG 60plus LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 41/I/2020 (Konsens)****Modernisierung und Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung vorantreiben**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-  
2 hauses und des Senates von Berlin werden gebeten, un-  
3 verzüglich dafür Sorge zu tragen, dass für Beschäftigte  
4 ausreichend geschützte Zugänge außerhalb der Dienstge-  
5 bäude zur digitalen Infrastruktur der öffentlichen Verwal-  
6 tung geschaffen werden, damit es den Beschäftigten er-  
7 möglicht wird, im Homeoffice den Alltagsbetrieb der Leis-  
8 tungsverwaltung aufrecht zu erhalten.

9

**10 Begründung**

11 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Beschäftigten  
12 in der öffentlichen Verwaltung ihre Dienstgeschäfte nicht  
13 in ausreichendem Maße von zu Hause aus ausüben kön-  
14 nen. Hieraus ergeben sich Nachteile für die Menschen der  
15 Stadt, die auf die Dienstleistungen angewiesen sind.

16

17 An einigen aufgezeigten Beispielen wird deutlich, dass die  
18 Berliner Verwaltung als moderner Dienstleister den erforder-  
19 lichen Ansprüchen nur wegen der fehlenden techni-  
20 schen Ausstattung nicht nachkommen kann: So wurden  
21 z. B. in der Bauverwaltung An-träge nicht angenommen,  
22 erteilt oder beschieden. „Der reguläre Dienst des Stadt-  
23 entwicklungsamtes ruht deshalb bis auf weiteres. Anträ-  
24 ge und Anliegen können daher nicht bearbeitet werden.  
25 Wir bitten, bis auf weiteres von Anträgen und Anliegen  
26 abzusehen.“ So die Internetseite am 9.5.2020. Die Auswir-  
27 kungen auf die Bautätigkeit sind gravierend.

28

29 Auch das Landesverwaltungsamt hat seine Dienstge-  
30 schäfte heruntergefahren zum Nachteil der Beihilfebe-  
31 rechtigten. So bittet das Landesverwaltungsamt seine Be-  
32 rechtigten um Verständnis dafür, „dass das Landesver-  
33 waltungsamt sein Dienstleistungsangebot stark einge-  
34 schränkt“ hat und „Alle Publikumsbereiche [...] geschlos-  
35 sen!“ sind. „Die Anwesenheit und Erreichbarkeit des Per-  
36 sonals ist herabgesetzt!“ (Die Ausrufezeichen, was auch  
37 immer sie bedeuten sollen, sind im Originaltext gesetzt)  
38 Im Ergebnis bedeutet das, dass die Bearbeitung von Anträ-  
39 gen zurzeit 8 Wochen dauert. Die Berechtigten allerdings  
40 müssen ihre Rechnungen innerhalb von 30 Tagen bezah-  
41 len.

42

43 Diese Beispiele zeigen, dass eine Veränderung dringend  
44 erforderlich und dies durchaus technisch möglich er-  
45 scheint. Mit Nachdruck muss die erforderliche technische  
46 Ausstattung zur Verfügung gestellt und beschafft wer-  
47 den. Nicht zu erklären ist, dass die Beschäftigten ihren  
48 dienstlichen Obliegenheiten nicht nachkommen können,

49 weil das erforderliche Equipment nicht zur Verfügung  
50 steht. Ein Großteil der Dienstleistungen lässt sich durch-  
51 aus auch elektronisch außerhalb des Dienstsitzes erledig-  
52 gen. Die Beschäftigten werden stattdessen in Teilen nach  
53 Hause geschickt.

54

55 In anderen Dienstleistungs-Bereichen erhalten die Be-  
56 schäftigten im Übrigen in diesen Fällen Kurzarbeitergeld.  
57 Im öffentlichen Dienst läuft das Gehalt weiter – auch die-  
58 ser Umstand ist außerhalb des öffentlichen Dienstes nie-  
59 mandem zu erklären. Insofern sollten die Bedingungen  
60 geschaffen werden, dass auch außerhalb des Dienstge-  
61 bäudes Dienstgeschäfte erledigt werden können. Hierfür  
62 sind neben den technischen Voraussetzungen auch die or-  
63 ganimatorischen, ergonomischen und finanziellen Bedin-  
64 gungen zu gewährleisten.